



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2017/03465**
Datum: 11.01.2018
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Dr. Inés Brock
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	25.10.2017	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten	18.01.2018 15.02.2018	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung	30.01.2018	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Stadtentwicklung	01.02.2018	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	21.02.2018	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	28.02.2018	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Elektromobilität

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum Ende des II. Quartals 2018 in Zusammenarbeit mit der Stadtwerke Halle GmbH **und den städtischen Wohnungsgesellschaften** ein zeitlich untersetztes Maßnahmenkonzept zur Förderung der Elektromobilität in der Stadt Halle zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

gez. Dr. Inés Brock
Fraktionsvorsitzende

Begründung:

Halle ist mit den aktuell errichteten öffentlichen Ladestationen für Elektrofahrzeuge im Vergleich mit anderen Kommunen in Sachsen-Anhalt relativ gut aufgestellt – vgl. <https://neo-gruen.de/ladestationen/>. Allerdings ist das bestehende Angebot dennoch nicht ausreichend, die meisten der Ladestationen liegen im oder rund um den Altstadttring. Für einen Umstieg auf das eAuto braucht es einen weiteren zielgerichteten Ausbau der Ladeinfrastruktur in den Wohnvierteln und auch eine Bevorzugung von Stellplätzen für Elektroautos. Auch in anderen Handlungsfeldern wie z.B. im Bereich des Wohnungsbaus oder beim E-ÖPNV bestehen kommunale Gestaltungsmöglichkeiten, um Elektromobilität zu unterstützen.

Vorgeschlagen wird ein städtisches Maßnahmenkonzept zur Förderung der Elektromobilität für Halle zu erarbeiten, welches einerseits die bereits laufenden Aktivitäten berücksichtigt, andererseits relevante Maßnahmen sowie deren Finanzierungsmöglichkeiten auflistet und schließlich prioritäre, zeitlich unteretzte Umsetzungsvorschläge enthält.

Auch vor dem Hintergrund, dass der Landtag in Sachsen-Anhalt aktuell die Erstellung eines Konzeptes zum bedarfsgerechten Aufbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur für Elektromobilität in Sachsen-Anhalt angeschoben hat und das Land dazu mit Gemeinden und Stadtwerken in Dialog treten wird, erscheint ein eigener städtischer Maßnahmenplan folgerichtig.